

der Tschechoslowakei bis zur kommunistischen Machtübernahme im Februar 1948 eine zuverlässige, in der Regel vom Standpunkt des tschechoslowakischen Nationalstaates geschriebene Darstellung gefunden hat. Ihr Informationswert ist freilich dadurch gemindert, daß diese Neuerscheinung den Forschungsstand der frühen siebziger Jahre wiedergibt. Nur die Bibliographie (S. 507—540) ist bis zum Jahre 1979 fortgeführt worden; in den Anmerkungen werden gelegentlich inzwischen erschienene Veröffentlichungen erwähnt.

Zu bedauern ist, daß die deutsche Ausgabe — im Unterschied zur Vorlage — keine Karten und Abbildungen enthält und daß die in den Anmerkungen oder in der Bibliographie genannten tschechischen oder slowakischen Titel unübersetzt bleiben.

Köln

Peter Burian

Republik 1938—1939; Jörg K. Hoensch: Die Slowakische Republik 1939—1945; Gotthold Rhode: Das Protektorat Böhmen und Mähren 1939—1945; Edvard Taborsky: Exilpolitik 1939—1945; Radomír Luža: Die Tschechische Widerstandsbewegung; Anna Josko: Die Slowakische Widerstandsbewegung; Radomír Luža: Die Tschechoslowakei im Kampf zwischen Demokratie und Kommunismus 1945—1948; Ludvík Němec: Die Lösung des Minderheitenproblems, Jan S. Michal: Die wirtschaftliche Entwicklung der Nachkriegszeit; Victor S. Mamatey: Zusammenfassung.

Léon Noël: La Tchecoslovaquie d'avant Munich. (Collection historique de l'Institut d'Études slaves, XXVIII; Publications de la Sorbonne, Série internationale, 20.) Verlag Institut d'Études slaves, Publications de la Sorbonne. Paris 1982. 207 S., 10 Abb. a. 8 Taf.

Léon Noël war von Juni 1932 bis Mai 1935 französischer Gesandter in Prag. Mit diesem Buch will er seine Landsleute über Vorgeschichte, Gründung, innen- und außenpolitische Lage und Ende der Ersten Tschechoslowakischen Republik unterrichten, die, wie er meint, noch immer „schlecht bekannt“ sei und „ungerecht beurteilt“ werde (S. 7). In den zahlreichen, nur wenige Seiten zählenden Kapiteln (etwa: CSR und katholische Kirche, S. 83—88; Die Parteien in der CSR, S. 105—106; Die tschechoslowakische Armee, S. 120—122) vermischt er Einsichten, die er aus einer umfassenden Beschäftigung mit französisch geschriebener oder ins Französische übersetzter Literatur gewonnen hat (Tschechisch oder Slowakisch beherrscht Noël nicht: S. 189, Anm. 1), geschickt mit Eindrücken aus seiner Prager Zeit (Gespräche!). Noëls Bericht, so skizzenhaft und impressionistisch er auch geschrieben ist, ist zutreffend und zuverlässig. Die Leser der „Zeitschrift für Ostforschung“ jedoch werden aus diesem Buch weder über die Politik Frankreichs noch über die der Tschechoslowakei in der ersten Hälfte der dreißiger Jahre etwas Neues erfahren.

Köln

Peter Burian

Ladislav Lipscher: Verfassung und Verwaltung in der Tschechoslowakei 1918—1939. (Veröff. des Collegium Carolinum, Bd. 34.) R. Oldenbourg Verlag. München, Wien 1979. 209 S.

Mit dieser rechtshistorischen, verwaltungsgeschichtlichen und politikwissenschaftlichen Untersuchung über die Erste Tschechoslowakische Republik füllt

der Vf. eine Lücke in der wissenschaftlichen Literatur über diesen Staat. Auf der Grundlage der Parlamentsprotokolle, der Gesetzessammlungen und der einschlägigen zeitgenössischen Veröffentlichungen kann er die Entstehung der verschiedenen Rechtsinstitute und Organe des Staates aufzeigen und vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Kräfte ihr Funktionieren beschreiben. Der historische Ansatz des Vfs. kommt dort positiv zur Geltung, wo er die politischen Auseinandersetzungen vor der eigentlichen Festlegung der entsprechenden Gesetzestexte aufzeigt. Die Entstehung der Verfassung und die Stellung des Präsidenten Masaryk im politischen Kräftespiel ist dafür ein gelungenes Beispiel.

Der Vf. beginnt mit einer Beschreibung des Aufbaus einer funktionsfähigen Staatsorganisation nach dem Umsturz von 1918, indem er zunächst die Gründungsakte und die einstweilige Verfassung sowie die Eingliederung der Minderheiten in den tschechoslowakischen Staat behandelt. Eine eingehende Analyse der Verfassungsurkunde vom 29. Februar 1920 mit den ergänzenden Gesetzen (z. B. Sprachengesetz) schließen sich an. Es folgen Darlegungen über die obersten Staatsorgane, die lokalen Behörden der politischen Verwaltung und deren Verhältnis zur Selbstverwaltung auf Landes-, Bezirks- und Kommunal-ebene. Bemerkenswert ist dann das Kapitel über das Parteiwesen und die politischen Organisationsformen (Regierung, Opposition, „Burg“ als informeller Kreis um den Präsidenten Masaryk). Ein Kapitel über die Reformentwürfe nach dem Einbruch der Weltwirtschaftskrise zeigt, daß seit dem Ermächtigungsgesetz vom 9. Juni 1933 bereits die ersten Verfallstendenzen der tschechoslowakischen Demokratie sichtbar wurden. Der Gedanke des Ständestaates ist so auch in der Diskussion der ČSR nachweisbar (S. 161 ff.). Anschließend werden die Bemühungen um eine Regelung der nationalen Frage in bezug auf die Stellung der Minderheiten im Staate vorgeführt. Den Abschluß bildet eine Betrachtung der Veränderungen in der staatsrechtlichen Struktur der ČSR nach dem Münchner Abkommen, als der Ansatz zu einem totalitären Regime — in Fortführung von Plänen der Agrarpartei aus der vorangegangenen Zeit, wie der Vf. meint — immer deutlicher wurde.

An dieser eindringlichen Analyse ist besonders lobenswert, daß der Vf. neben den in der deutschsprachigen Literatur sonst vorrangig behandelten Sudetendeutschen auch den anderen Nationalitäten des Staates gerecht zu werden sucht; die Slowaken sind mindestens gleichrangig behandelt, aber auch Karpatenukrainer, Ungarn und Polen sind nicht vergessen. Der Vf. bemüht sich — wenn auch in oft knappen Bemerkungen —, vergleichbare Erscheinungen aus anderen Ländern aufzuzeigen, und er stellt damit die ČSR in den gesamt-europäischen Rahmen. Die Demokratie der Tschechoslowakei wird dadurch in ihren Stärken und Schwächen wesentlich besser verständlich als in sonstigen historischen Abhandlungen zu diesem Thema. Die Tendenz der Zentralisierung des Staates wird in vielen Einzelheiten vorgeführt, und der Aspekt ist hervorzuheben, daß hieran die besondere Gestaltung des Parteiwesens einen großen Teil der Schuld trägt: einerseits waren die Parteien eine Voraussetzung für den gelungenen Umsturz 1918 und für die Stabilität des Systems, andererseits waren sie mit dem Übergewicht der jeweiligen Leitung, mit Fraktionszwang und der Verfilzung von Politik und Ämterpatronage ein wichtiger Grund dafür, daß die tschechoslowakische Demokratie, als ein „typischer Parteienstaat“ (S. 118), für die eigenen Bürger und die nachfolgenden Betrachter so wenig attraktiv wurde. Gerade an diesem Beispiel einer Ergänzung der Institutionenkunde durch eine Betrachtung der politischen Kräfte des Landes wird der Wert

dieser emotionslosen und nur mit vorsichtigen Wertungen versehenen Arbeit besonders deutlich.

Tabellen über die tschechoslowakischen Regierungen, die Ergebnisse der Wahlen zum Abgeordnetenhaus, ein ausgewähltes Literaturverzeichnis und ein Personenregister runden die Studie ab.

Köln

Manfred Alexander

Roland M. Smelser: Das Sudetenproblem und das Dritte Reich 1933—1938. Von der Volkstumspolitik zur Nationalsozialistischen Außenpolitik. (Veröff. des Collegium Carolinum, Bd. 36.) R. Oldenbourg Verlag. München, Wien 1980. 241 S.

Seit langem wissen wir, daß Hitler das tschechoslowakische Nationalitätenproblem dazu benutzt hat, um — ähnlich wie beim Anschluß Österreichs — auch gegenüber der ČSR die Frühphase seiner Expansionspolitik vor dem deutschen Volk wie vor der internationalen Öffentlichkeit als Wiedergutmachung ungerechter Entscheidungen der Pariser Friedenskonferenz ausgeben zu können. Offen war jedoch, von wann ab und mit welcher Intensität die sudetendeutsche Volksgruppe in ihrer Auseinandersetzung mit der tschechoslowakischen Staatsleitung von Deutschland aus manipuliert worden war, anders gesagt: mit welchem Recht man von den Sudetendeutschen als einer „Fünften Kolonne“ des nationalsozialistischen Reiches sprechen könne. Aus den schon bald nach Kriegsende der Forschung zur Verfügung stehenden deutschen diplomatischen Akten konnte diese Frage nicht zweifelsfrei beantwortet werden. In tschechoslowakischen Veröffentlichungen wurde die Art dieser sudetendeutschen Illoyalität als besonders schwerwiegend charakterisiert, doch konnte dagegen eingewendet werden, daß hier Geschichte parteiisch geschrieben würde, denn mit eben diesem „Verrat“ war nach der Wiedererrichtung des tschechoslowakischen Staates die Vertreibung der Sudetendeutschen aus ihrer Heimat juristisch und moralisch begründet worden.

Einen neuen Versuch zur Lösung dieses Problems unternimmt Ronald M. Smelser in seiner Dissertation aus dem Jahre 1970 (University of Wisconsin), die zunächst in englischer Sprache veröffentlicht wurde¹ und jetzt auch auf Deutsch vorliegt. Ihn interessiert nicht so sehr die offizielle Berliner Außenpolitik als vielmehr die Tätigkeit solcher reichsdeutscher Vereine, die, zum Teil noch im 19. Jh., zur kulturellen und sozialen Betreuung derjenigen Deutschen ins Leben gerufen worden waren, die nach der Gründung des kleindeutschen Nationalstaates außerhalb der Reichsgrenzen lebten. S. konzentriert sich dabei auf die Beziehungen der bedeutendsten dieser Unternehmungen, des Vereins — in nationalsozialistischer Zeit: Volksbund — für das Deutschtum im Ausland (VDA), zur deutschen Minderheit in der Tschechoslowakei, genauer: zu derjenigen politischen Gruppe, deren Programm und Aktivitäten seit der Mitte der dreißiger Jahre von einer immer größeren Zahl von Sudetendeutschen unterstützt wurden, der Sudetendeutschen Heimatfront, später: Sudetendeutsche Partei.

Beide Organisationen waren zu Beginn des Jahrfünfts, mit dem S. sich vornehmlich beschäftigt, von den Vorstellungen einer „traditionalistischen“ Volks-

1) R. M. Smelser: *The Sudeten-Problem 1933—1938. „Volkstumspolitik“ and the formulation of Nazi foreign policy*, Middletown (Conn.) 1975.